



Diskriminierung hellhäutiger Fahrgäste im öffentlichen Personen-Nahverkehr



Täglich verbringe ich etwa eine Stunde in den Zügen der Deutschen Bahn und eines privaten Bahnbetreibers. Der Anteil „südländisch aussehender“ Fahrgäste schwankt je nach Tageszeit zwischen einem Viertel und der Hälfte. In den Zügen wird häufig kontrolliert und so werde ich oft Zeuge davon, wie Fahrgäste ohne Fahrkarte angetroffen werden. Umgangssprachlich sind das „Schwarzfahrer“. In letzter Zeit sind das verstärkt auch „Flüchtlinge“. Bei der Kontrolle der Fahrscheine wird nun nach dem Äußeren der Fahrgäste unterschieden: bei hellhäutigen Personen werden üblicherweise die Personalien aufgenommen, die bekommen dann anschließend einen Brief und zahlen eine Strafe. „Südländisch aussehende“ Fahrgäste lässt man in der Regel aussteigen oder sie dürfen weiterfahren ohne ein erhöhtes

Beförderungsentgelt zu bezahlen.

(Von Peter S.)

Ich schrieb einen Brief an die Deutsche Bahn, beschwerte mich darin über diese Ungleichbehandlung und erhielt folgende Antwort:



Jetzt weiss ich: Bei Migranten und „Flüchtlingen“ wird kein erhöhtes Beförderungsentgelt erhoben, da diese als „mittellos“ eingeschätzt werden.

Für mich ist das ein klarer Fall von Diskriminierung der heimischen Bevölkerung. Ich werde als Fahrgast zweiter Klasse behandelt. Einerseits zahle ich sowieso schon rund 900 Euro für eine Jahreskarte, andererseits zahle ich eine Strafe, sobald ich diese vergesse. Jene „südländisch“ aussehenden Fahrgäste verzichten häufig von vornherein auf eine Fahrkarte und gehen in jedem Fall straffrei aus.

Nun werde ich darum kämpfen, diese Ungleichbehandlung abzustellen. Der erste Schritt ist ein Brief an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Das Ergebnis werde ich

hier nachreichen. Unabhängig davon fordere ich jeden auf, eine Ungleichbehandlung nicht einfach hinzunehmen! Einen Brief oder eine E-Mail kann jeder schreiben. Man muss auf diese Ungleichbehandlung im Nahverkehr, auf den Ämtern, am Wohnungsmarkt und in den Schulen aufmerksam machen. Es kann nicht angehen, dass „Flüchtlinge“ und Migranten besser behandelt werden als die einheimische, steuerzahlende Bevölkerung.